



Elke Kahr. KPO

Vorschläge
für eine soziale und
ökologische Stadt

**Wir
alle**

sind Graz

Inhalt

Wir alle sind Graz 3

Kommunalprogramm der KPÖ Graz

Wohnen ohne Sorgen	4
Gesicherte, menschenwürdige Arbeit	6
Für sozialen Zusammenhalt	8
Erreicht: der Sozialpass	10
Menschen mit besonderen Bedürfnissen	11
Graz gehört uns allen!	12
Internet, IT, Privatsphäre	14
Für eine mobile Stadt!	15
Für eine gesunde Umwelt!	16
Ein gesundes Leben für alle!	18
Eine lebenswerte Zukunft für junge Menschen!	20
Freizeit und Sport	22
Vielfältige Kultur statt Eventpolitik	23
Ein gerechtes Leben für alle Frauen!	24
Menschenrechts- und Friedensstadt	25
Für ein demokratisches Graz!	26
Wer soll das bezahlen?	28

Gut gearbeitet

Rechenschaftsbericht der KPÖ Gemeinderatsfraktion	30
Die KPÖ für leistbares Wohnen für alle	31
Die KPÖ im Kampf für die Altstadt	33
Die KPÖ gegen Politikerprivilegien	33
Die KPÖ für öffentliches Eigentum	33
Die KPÖ als Kontrolle im Gemeinderat	34
Die KPÖ gegen Verschwendungspolitik	34
Die KPÖ für mehr Lebensqualität	35
Die KPÖ für eine soziale Stadtentwicklung	35
Die KPÖ für einen geregelten Verkehr	35
Die KPÖ für Kinder und Jugendliche	36
Die KPÖ für Seniorinnen und Senioren	36
Die KPÖ für Teuerungs- und Gebührenstopp	37
Die KPÖ für Gleichstellung und Kultur	38
Die KPÖ für soziale Gerechtigkeit	38
Die KPÖ, eine nützliche Partei für das tägliche Leben	39
Impressum	38

Wir alle sind Graz



Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Unsere Vorschläge für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung umfassen viele Bereiche des Lebens in Graz. Ich danke deshalb vor allem den vielen MitbürgerInnen, die in den vergangenen Wochen und Monaten wertvolle Anregungen für das vorliegende Kommunalprogramm gegeben haben.

Es zeigt auf, dass wir in den vergangenen Jahren viel geleistet haben und es setzt einige Wegmarken für die Zukunft. Die KPÖ ist seit Langem aus dem Leben unserer Stadt nicht wegzudenken. Wir bemühen uns, eine verlässliche und berechenbare Kraft im Gemeinderat, in den Bezirken und in vielen Initiativen an der Basis zu sein.

Es gibt keine Bank, keinen Konzern und keine anonymen Geldgeber, die uns vorschreiben können, was wir tun dürfen und was nicht. Wir sind für die Menschen da, die keine Lobby haben und wollen für sie auch im täglichen Leben greifbar sein.

Soziales darf nicht untergehen; Privatisierung ist Diebstahl am Öffentlichen Eigentum; Ohne Privilegien geht's auch; Helfen statt reden!

Diese Losungen sind für uns keine leeren Worte. Wir sind den arbeitenden Menschen verpflichtet und drehen deshalb unsere Fahne nicht nach dem Wind.

Unsere Stadt muss für alle Menschen eine gute Heimat sein. Deshalb nützt es der Bevölkerung auch, dass die KPÖ in Graz etwas zu sagen hat. Nur mit Ihrer Unterstützung bei der Gemeinderatswahl wird es möglich sein, diesen Weg fortzusetzen.

Ihre Stadträtin

Elke Kahr

Seit vielen Jahren, erst mit Stadtrat Ernest Kaltenegger und seit 2005 mit Stadträtin Elke Kahr, setzt sich die KPÖ in Graz gegen überbezahlte Mieten, für leistbaren Wohnraum sowie die Rechte der Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt ein.

Auch in den vergangenen fünf Jahren hat Wohnungsstadträtin Kahr verantwortungsvolle Arbeit geleistet und konnte dadurch für Graz viel bewegen. Doch es gibt noch einiges zu tun.

Gemeindewohnungen nötiger denn je

Es gibt in Graz nach wie vor zu wenig leistbaren Wohnraum. Das Geschäft mit der Wohnungsspekulation blüht! Am privaten Wohnungsmarkt schnellen die Preise in die Höhe. Nur ein umfassendes kommunales Wohnbauprogramm kann diesem Trend wirksam begegnen.

Durch den konsequenten Einsatz der KPÖ für den kommunalen Wohnbau in Graz wurde in den vergangenen fünf Jahren der Bau von 500 neuen Gemeindewohnungen auf Schiene gebracht. Doch das kann erst der Anfang sein. Ein ausreichendes Angebot an günstigem Wohnraum würde helfen, auch die Mietpreise am privaten Wohnungsmarkt in Schach zu halten.



Die Vorschläge der KPÖ:

- Kein Verkauf städtischer Gemeindewohnungen, stattdessen
- Bevorratung und Ankauf von Grundstücken durch die Stadt
- Bau von weiteren Gemeindewohnungen
- Eigene Wohnbau-Förderkontingente für die Stadt Graz, damit sie selbst Gemeindewohnungen bauen kann
- Einweisungsrecht der Gemeinde in einem zu bestimmenden Anteil (z. B. 5 %) in geförderte Neubauwohnungen als Förderungsvoraussetzung für Wohnbaugenossenschaften
- Kein weiterer Verkauf von Wohnbaufördermitteln durch das Land
- Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel für den geförderten Wohnbau statt Verwendung zum Stopfen von Budgetlöchern

Wohnen muss billiger werden!

Die Geschäftemacherei mit dem Grundbedürfnis Wohnen nimmt zu. Die ständig steigenden Kosten fürs Wohnen am privaten Wohnungsmarkt treffen immer mehr Menschen. Fernwärme, Strom usw. werden jährlich teurer. Jetzt hat die schwarz-grüne Stadtregierung auch noch beschlossen, die Gebühren für Müllabfuhr und Kanal Jahr für Jahr automatisch anzuheben. So steigen die Betriebskosten noch rasanter als bisher.



Wohnen ohne Sorgen



Die Vorschläge der KPÖ:

- Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik!
- Abschaffung der Vergebühung von Mietverträgen durch die MieterInnen
- Klare Obergrenzen für Kauttionen! (derzeit werden bis zu fünf Monatsmieten verlangt)
- Maklerprovisionen sollen vom Vermieter bezahlt werden
- Keine Kürzung, sondern Anpassung der Wohnbeihilfe an die Teuerung
- Abschaffung bzw. Vereinheitlichung des undurchschaubaren Richtwertmietsystems
- Klar festgelegte Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen, um Mietzinswucher zu unterbinden
- Meldepflicht für leerstehende Wohnungen!
- Erhöhung der Förderung für Liftanbauten (derzeit 14 %), um die Restkosten für die MieterInnen zu reduzieren
- Ausweitung der Fördermittel für Wohnungsanierungen zur Senkung von Energiekosten (Austausch von Fenstern, Wärmedämmung, Fernwärmeanschluss)

Für ein solidarisches Zusammenleben!

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist soziales Umfeld, bedeutet Gemeinschaft und Zusammenhalt.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Mehr Übergangswohnungen und betreute Wohnformen für Menschen in Krisensituationen (Scheidung, psychische Erkrankungen, Alkoholkrankheit)
- Größeres Kontingent an Wohnungen für das Frauenhaus sowie Ausweitung der Verweildauer
- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen von SeniorInnen sowie der Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens
- Ausbau von Stadtteilzentren und Förderung der Gemeinwesenarbeit
- Erhalt und Ausbau der Infrastruktur (Ärzte, öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuung, Grünflächen, ...)
- Unterstützung von Heim- und Kleingartenanlagen!

Gut gearbeitet:

Neue, leistbare Wohnungen

Nach Jahren des Stillstands im kommunalen Wohnbau werden in Graz wieder in größerem Umfang neue Gemeindewohnungen gebaut. 500 Wohnungen werden an 10 Standorten – verteilt über das ganze Stadtgebiet – geschaffen.

Kautionsbeitrag

Früher scheiterte die Wohnungssuche oft an der Kaution. Jetzt haben Menschen, die sich teure Kauttionen nicht leisten können, die Möglichkeit, beim Wohnungsamt der Stadt Graz um einen Kautionszuschuss anzusuchen.

Wohnen auf Kasernengrund

Mehr als 10.000 GrazerInnen haben 2006 die von der KPÖ initiierte Petition Wohnen auf Kasernengrund unterschrieben. Auf Antrag der KPÖ entstehen in der Hummelkaserne nun 90 neue Gemeindewohnungen sowie ein Pflegeheim.



Die Zahl der Arbeitslosen ist in Graz höher als in den meisten anderen Bezirken der Steiermark. Graz braucht eine gut funktionierende Verwaltung sowie ein gesichertes Angebot an Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Der Trend, Beschäftigte im öffentlichen Dienst abzubauen, gefährdet nicht nur eine gesicherte Versorgung für die Bevölkerung, sondern auch Arbeitsplätze.

Unsere Stadt hat auch eine große Tradition als Standort wichtiger Industriebetriebe. Sehr bedeutende Firmen (Puch-Graz, Simmering Graz-Pauker, Waagner-Biro, Andritz) haben sich jahrzehntelang im öffentlichen Eigentum befunden und den Grazerinnen und Grazern Arbeitsplätze gesichert und Wohlstand gebracht. Die Tendenz, dass immer mehr Betriebe an ausländische Investoren verkauft und immer mehr Arbeitsplätze in der Industrie wegrationalisiert werden, muss gestoppt werden.

Die Stadt als Arbeitgeberin

Um die Qualität der Dienstleistungen für die BürgerInnen zu gewährleisten und zugleich wirkungsvolle Impulse für die Beschäftigung zu geben, muss die Stadt ihren Beitrag leisten.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen in die Infrastruktur (z. B. Bau von Gemeindewohnungen, Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Ausbau des öffentlichen Verkehrs)
- Schluss mit der Ausdünnung des Personals in Magistrat und ausgegliederten Betrieben
- Die Stadt Graz soll mit gutem Beispiel vorangehen: Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden ohne Lohnverlust und mit vollem Personalausgleich
- Keine Teilzeit-, Leiharbeit und ausgelagerte Dienstleistungen in den städtischen Einrichtungen, außer Teilzeit wird ausdrücklich von den Beschäftigten gewünscht
- Zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche in städtischen Einrichtungen
- Ausweitung des Angebotes an geschützten Arbeitsplätzen bei der Stadt
- Konzept für die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Menschen, die am privaten Arbeitsmarkt keine Chance vorfinden

Gesicherte, menschenwürdige Arbeit

Für die Rechte der arbeitenden Menschen!

Unter dem Deckmantel der Flexibilisierung werden immer mehr Rechte der arbeitenden Menschen abgebaut. Dass damit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, ist ein Märchen. Diese Maßnahmen dienen vielmehr dazu, die Profite der Konzerne noch weiter in die Höhe zu treiben.

Die Vorschläge der KPÖ:

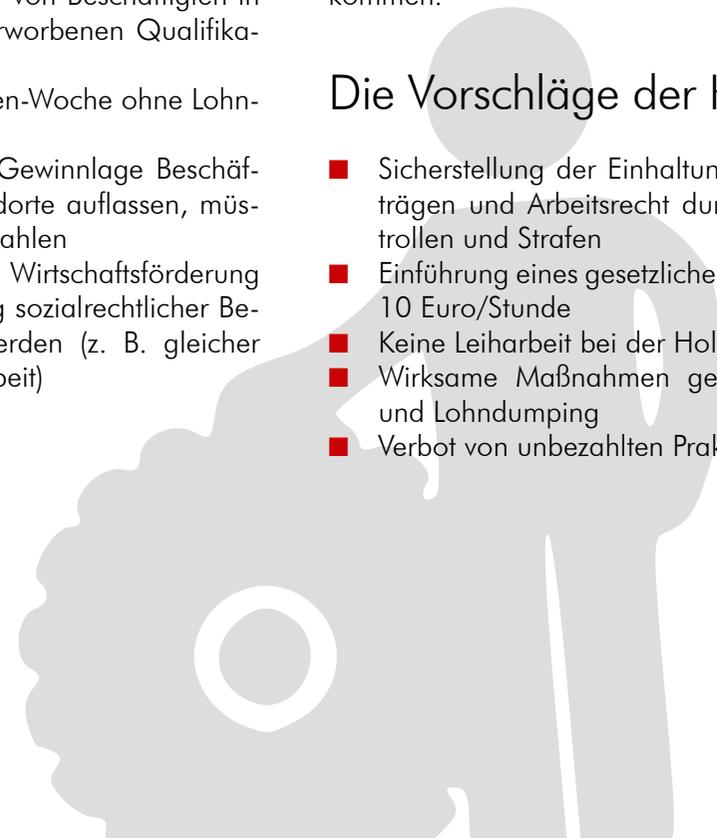
- Hände weg vom freien Sonntag – Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten!
- Für den 8-Stunden-Tag – Rücknahme der Ausweitung der Arbeitszeiten
- Entschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose
- Bessere Anerkennung der von Beschäftigten in ihren Herkunftsländern erworbenen Qualifikationen
- Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust
- Betriebe, die trotz guter Gewinnlage Beschäftigte abbauen oder Standorte auflassen, müssen Subventionen zurückzahlen
- Öffentliche Aufträge und Wirtschaftsförderung müssen an die Einhaltung sozialrechtlicher Bestimmungen geknüpft werden (z. B. gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit)

Nein zu Hungerlöhnen und McJobs!

Die Zahl derer, die trotz Arbeit arm sind, steigt. Prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse nehmen rasant zu. Immer mehr Menschen müssen mehrere Jobs annehmen, um über die Runden zu kommen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherstellung der Einhaltung von Kollektivverträgen und Arbeitsrecht durch verstärkte Kontrollen und Strafen
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro/Stunde
- Keine Leiharbeit bei der Holding Graz
- Wirksame Maßnahmen gegen Schwarzarbeit und Lohndumping
- Verbot von unbezahlten Praktika



Viele Leute fühlen sich in ihrer materiellen Existenz bedroht. Das geht mit Verarmung, Verschuldung und sozialer Ausgrenzung einher. Gleichzeitig wächst die Angst vor dem Verlust des noch vorhandenen Arbeitsplatzes, vor dem Abrutschen an den gesellschaftlichen Rand und vor Altersarmut.

Dem steht eine kleine Bevölkerungsschicht gegenüber, die immer reicher wird.

Wir brauchen in unserer Stadt bessere Angebote für Menschen, die Hilfe brauchen. Die Stadtverwaltung darf sich nicht als Wirtschaftsunternehmen sehen, das die Kosten der sozialen Betreuung senkt, sie muss durch aktive Maßnahmen zum sozialen Zusammenhalt beitragen.

Armut verhindern!

Weil immer mehr Menschen akut in Schwierigkeiten geraten, braucht es Maßnahmen, die Krisensituationen verhindern und rasch und unbürokratisch Hilfe anbieten können.



Die Vorschläge der KPÖ:

- Auszahlung der Mindestsicherung 14 Mal pro Jahr
- Abschaffung der Regresspflicht bei der Mindestsicherung
- Absicherung der Heizkostenzuschüsse
- Tarif- und Gebührenstopp durch die Stadt Graz
- Amtliche Preisregelung bei Lebensmitteln und Energie
- Grundgebührenbefreiung bei Radio, Fernsehen und Telefon auf (niedrige) Arbeitseinkommen ausweiten
- Frühwarnsystem vor Strom- und Heizungsabschaltungen
- Keine Kürzung der Wohnbeihilfe, stattdessen Anpassung an die Teuerung
- Absicherung und Ausbau von Sozial- und Wohnungsloseneinrichtungen
- Einrichtung einer „Volksküche“
- Ausweitung der psychosozialen Zentren
- Zuschüsse für Ferienaufenthalte für Kinder erhöhen
- Anhebung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfenbezug

Altern in Würde!

Obwohl viele Menschen ihr Leben lang gearbeitet haben, reicht ihre eigene Pension oft nicht zum Leben aus. Die Politik des Sozialabbaus und des Kaputtsparens trifft gerade sie besonders stark.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Anhebung der Mindestpensionen!
- Alle Schritte zur Privatisierung der Altersvorsorge sollen rückgängig gemacht werden! Die Pensionen dürfen kein Spielball der Finanzmärkte sein!
- Nein zur Anhebung des Pensionsantrittsalters
- Jährliche Pensionsanpassungen sichern - zur Vermeidung von realen Pensionseinbußen und steigender Altersarmut
- Versorgung in Alten- und Pflegeheimen durch die öffentliche Hand – keine Privatisierung der GGZ
- Ausbau der mobilen und sozialen Dienste
- Erhöhung der Pflegegeldsätze
- Ausweitung der Pflegekarenz



Für sozialen Zusammenhalt

Sicherheit und Vertrauen stärken!

Nur eine soziale Stadt ist eine sichere Stadt. Wer den Menschen Sicherheit und Perspektiven bietet, kann die Kriminalität am besten eindämmen.

Soziale Probleme sind oft der Nährboden, auf dem die tägliche Kriminalität der Gewalt- und Eigentumsdelikte gedeiht.

Wir haben das Leitbild einer Polizei und von Justizwacheorganen, die den Menschen hilfsbereit zur Seite stehen. Ein gestärktes Vertrauen zwischen Bevölkerung und Polizei hilft, Straftaten schon im Vorfeld zu neutralisieren.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Mehr gut ausgebildete und motivierte PolizistInnen für den Dienst am Menschen statt private Security und „Hilfssheriffs“

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

Es ist der KPÖ zu verdanken, dass die Problematik der Spielsucht überhaupt erst öffentlich bekannt wurde. Von zerbrochenen Familien und Freundschaften, sozialem Absturz, Arbeitsplatzverlust, Beschaffungskriminalität bis hin zum Freitod reichen die Folgen der Spielsucht. Und das Angebot an Glücksspielen wird von Tag zu Tag größer. Über 5.000 Geldspielautomaten gibt es bereits in der Steiermark. Zigtausende Menschen sind von Spielsucht direkt oder indirekt betroffen.

Die Politik schaut tatenlos zu oder fördert diese Entwicklung sogar wohlwollend. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass SPÖ und ÖVP aufs Engste mit den Glücksspielkonzernen verhandelt sind. EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP) etwa war Vorstandsdirektor von Novomatic, und Hannes Androsch (SPÖ) sitzt im Aufsichtsrat. Den zuständigen Ausschuss im Landtag leitete gar der Glücksspiel-Lobbyist Wolfgang Kasic. Er trat erst zurück, als der öffentliche Druck zu groß wurde.

Wenn man an einer Lösung für die Betroffenen und ihre Familien interessiert ist, kann es nur eine wirksame Maßnahme geben:

Verbot des „kleinen Glücksspiels“ in der Steiermark!

Erreicht: der Sozialpass

Sozialpass: Hartnäckigkeit zahlt sich aus!

Bereits seit 1995 hat die Grazer KPÖ die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit niedrigem Einkommen gefordert. Jahrelang wurde der Ball zwischen ÖVP und SPÖ hin- und hergeschoben. Mit dem von der KPÖ erarbeiteten Konzept wird jetzt der Grundstein für die Einführung des Sozialpasses gelegt.

Welche Leistungen soll der Sozialpass umfassen?

- Öffentlicher Verkehr: Ermäßigungen bei den Graz Linien
- Bäder-Eintritt zum ermäßigten Tarif
- Kunst/Kultur, Bibliotheken: Der Sozialpass soll die Leistungen des Kulturpasses mitumfassen und so den freien Eintritt zu verschiedenen Veranstaltungen bieten sowie die Benützung der Grazer Bibliotheken beinhalten (nähere Infos auf www.hungeraufkunstundkultur)
- Brennstoff- und Schulgutscheinaktion: Anspruch für alle Sozialpass-InhaberInnen
- Bildung und Sport: Ermäßigungen bei den Bildungseinrichtungen Volkshochschule und Urania, bei Sport- und Freizeiteinrichtungen wie den Grazer Fußballklubs, der Schöckl-Seilbahn, im Stadtmuseum und im Landesmuseum Joanneum nach dem Muster der Vergünstigungen, die man derzeit mit der SeniorInnen-card bekommt
- Essensermäßigung: Sozialpass-InhaberInnen bekommen die Möglichkeit, in ausgewählten Einrichtungen/Restaurants zu einem ermäßigten Preis (z. B. 3,50 Euro pro Essen) zu essen
- Andere: Zuschüsse für Kindererholungsaktionen, kostenlose Teilnahme an Impfaktionen, Vergünstigungen für SeniorInnen bei Urlaubsaktionen

Wer soll den Sozialpass bekommen?

Alle Personen, die

- mindestens 18 Jahre alt sind
- in Graz ihren Hauptwohnsitz haben
- ein Einkommen von nicht mehr als 1031,- Euro netto monatlich haben, unabhängig von ihrer Tätigkeit und ihrer Herkunft.

Welche Vorteile hat der Sozialpass?

Für Anspruchsberechtigte bedeutet der Pass:

- Klarheit über bestehende Ansprüche
- eine Reduzierung der Behördenwege – es muss nur ein Antrag gestellt werden
- einheitliche Voraussetzungen für alle

Eine Informationsbroschüre soll dem Pass bei der Ausgabe beigelegt werden und so den Betroffenen einen Überblick über bestehende Ansprüche geben!

Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Weg mit dem Belastungspaket!

Die radikalen Kürzungen der Landesregierung treffen Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige besonders hart. Ihnen drohen Diskriminierung, Ausgrenzung und Isolation. Immer mehr unter Druck geraten auch die Einrichtungen der Behindertenbetreuung. Dadurch steigt die Arbeitsbelastung der Beschäftigten und die Qualität der Betreuungsleistung ist kaum aufrecht zu erhalten.

Für ein selbstbestimmtes Leben!

Menschen mit Behinderungen wollen das Gefühl haben, dazuzugehören. Politik und Gesellschaft haben die Verpflichtung, ihnen ein selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigten Zugang zu allen lebensrelevanten Bereichen zu ermöglichen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Barrierefreie Gestaltung (öffentlicher) Gebäude, Straßen, Transportmittel und anderer Einrichtungen
- Persönliche Assistenz und Leistungen zu Familienentlastung als Alternative zu stationären Angeboten
- Verwendung von ergänzenden Kommunikationsformen durch Behörden – etwa Gebärdensprache oder Brailleschrift
- Erhöhung der Pflegegeldsätze zur Deckung der tatsächlichen Kosten
- Erhöhung der Ausgleichstaxe für die Betriebe, die nicht einen Menschen mit Behinderungen je 25 Beschäftigte anstellen
- Mehr Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor beschäftigen
- Sicherstellung und Ausweitung des Behindertentaxis durch das Sozialamt
- Anhebung der Kostenzuschüsse zu Heilbehandlungen und Hilfsmitteln
- Abschaffung der Vermögensgrenze für die Pflegeförderung
- Kein Ersatz von Pflegegeldern durch Sachleistungen – Pflegebedürftige sollen selbst entscheiden dürfen, wo sie Hilfeleistungen in Anspruch nehmen

Absicherung und Hilfe für pflegende Angehörige

In vielen Fällen übernehmen Angehörige die Pflege und Betreuung von Menschen mit Behinderungen im eigenen Haushalt. Meist sind sie deshalb auch gezwungen, ihren Beruf aufzugeben. So entstehen massive finanzielle Verluste für die betroffene Familie.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sozialversicherungsschutz und Erwerb von Pensionsansprüchen für pflegende Angehörige
- Entlastung von Angehörigen durch qualifiziertes Pflegepersonal im Fall von Erkrankung und Urlaub
- Kostenlose mobile psychologische Betreuung

Privatisierung ist Diebstahl an Allgemeingut!

Eine der wesentlichsten Aufgaben der öffentlichen Hand ist es, eine leistbare Grundversorgung zu gewährleisten. Deshalb ist es nach unserer Auffassung notwendig, dass städtische Betriebe und Dienstleistungen in der Verantwortung der Stadt sind.

Die Mehrheit der Grazer Rathausparteien hat aber in den letzten Jahren anders entschieden und städtische Betriebe, die mit den Geldern der Grazerinnen und Grazer aufgebaut wurden, ausgegliedert bzw. teilprivatisiert.

Das ist Diebstahl am Eigentum der Grazer Bevölkerung!

Damit wurde auch der Grundstein gelegt, dass alles, was der Mensch zum Leben braucht, nach und nach den Profitinteressen von privaten Konzernen dient: Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Wasser, Strom, Müllabfuhr, Kanal etc. Die „Stadtväter“ zeigen sich gegenüber den Wünschen, das Eigentum der Stadt zu verkaufen, oft willfährig, um die leeren Kassen aufzufüllen. Zuerst wird ausgegliedert, dann ein „strategischer Partner“ hereingeholt und schließlich alles an internationale Konzerne verscherbelt. Die Gewinne werden auf diese Art privatisiert, die Verluste trägt die Bevölkerung. Höhere Gebühren, schlechtere Leistungen, niedrigere Löhne für die Beschäftigten sind die Folge.



Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung in öffentlicher Hand
- Kein Verkauf von städtischen Liegenschaften
- Keine Ausgliederung oder Privatisierung von Gemeindewohnungen – Stopp des Verkaufs einzelner Gemeindewohnungen
- Keine Ausgliederung der Geriatrischen Gesundheitszentren oder des GPS aus dem städtischen Eigentum
- Keine Privatisierung der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen
- Rekommunalisierung ausgegliederter Betriebe (Holding GmbH)
- Rückführung der Stadtwerke und der GVB (Graz Linien) in Eigenbetriebe der Stadt
- Garantie gegen den Ausverkauf des Wassers

Das „Haus Graz“ ist auf Sand gebaut!

Elke Kahr und die KPÖ haben von Anfang an gewarnt. Die Ausgliederung der städtischen Betriebe (AEVG, Stadtwerke, GVB, Wirtschaftsbetriebe usw.) bringen keine Einsparungen: Die Managergehälter sind höher denn je, während bei den Löhnen der Beschäftigten der Rotstift angesetzt wird. Leistungen werden eingeschränkt, der Bevölkerung werden immer höhere Tarife – etwa beim Strom, bei der Fernwärme, beim Kanal oder bei Bus und Bim – zugemutet. Hinzu kommt, dass der von der Bevölkerung gewählte Gemeinderat keine Entscheidungsbefugnis über Leistungen, Tarife und Personalpolitik in den ausgegliederten Bereichen mehr hat. Dadurch gibt es keine demokratische Kontrolle mehr!

Graz gehört **uns allen!**

Die Vorschläge der KPÖ:

- Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik
- Keine Leiharbeit bei der Holding Graz – Ja zu sicheren Arbeitsplätzen. Nein zum Lohndumping!
- Keine Schlechterstellung bei Neuanstellungen
- Keine Leistungseinschränkungen (z. B. bei Müllentleerungen, Straßenreinigung...)

Geschichte eines Ausverkaufs

Um die schlechte Finanzlage der Stadt Graz zu verschleiern und das Budget optisch aufzufrisieren, hat die Stadt Graz eine eigene Tochtergesellschaft gegründet. An die „GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GesmbH“ wurden seit dem Jahr 2002 alljährlich Immobilien verkauft. So wurden nicht nur unbebaute Grundstücke, sondern nach und nach die Grazer Bäder, Bezirksämter, Schulen, Oper, Schauspielhaus, Kindergärten und Horte, Volksgarten, Parkanlagen, Spielplätze, das Kindermuseum und schließlich sogar das Rathaus in die Gesellschaft eingebracht. Der Gesamtwert der veräußerten Immobilien beträgt mittlerweile rund 400 Millionen. Um den Ankauf dieser Immobilien zu finanzieren, hat die GBG Darlehen aufgenommen. Für die Rückzahlung dieser Darlehen samt Zinsen haftet die Stadt. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite muss die Stadt an die Gesellschaft Mietzins zahlen, um die Grundstücke und Gebäude weiterhin nutzen zu können, mittlerweile rund 17 Millionen Euro jährlich! Natürlich müssen die Mieteinnahmen der Gesellschaft hoch genug sein, damit sie damit ihre Darlehen samt Zinsen tilgen kann.

Für diese absurde Vorgehensweise zum kurzfristigen Stopfen von Budgetlöchern zahlt die Stadt einen hohen Preis: Sie ist ihre Häuser und Grundstücke für immer los und muss obendrein alljährlich hohe Mieten an die Gesellschaft abführen.

Zwar hat die Stadt ein Vorkaufsrecht an den ausgelagerten Immobilien. Tatsächlich aber kommt es jedes Jahr zu Totalprivatisierungen. Das ist deshalb möglich, weil die Rathausmehrheit immer wieder auf Vorkaufsrechte verzichtet, sodass nach und nach immer mehr Immobilien aus der GBG heraus an Private veräußert werden können.

Internet, IT, Privatsphäre

In einer demokratischen Gesellschaft müssen alle Menschen Zugang zu Information haben. Das Internet spielt dabei – ebenso wie Printmedien, Radio und Fernsehen – eine bedeutende Rolle. Technische Neuerungen dürfen aber nicht dazu führen, dass die Bevölkerung bespitzelt und überwacht wird.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Für Medienvielfalt und demokratischen Zugang muss die Netzneutralität gesichert werden, Priorisierungs- oder Filtermassnahmen durch staatliche Stellen oder private Provider lehnen wir ab.
- Kostenloser Zugang zu Internet und Medien – Ausbau der städtischen Bibliotheken (Internetzugang, Zeitungen)
- Einsatz von Open Source Software in der Verwaltung, Schulen usw.
- Engagement der Stadt Graz gegen Vorratsdatenspeicherung, ACTA und andere Gesetze, die dem Überwachungsstaat den Weg bereiten
- Gegen exzessive Kameraüberwachung und private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum



Täglich pendeln über 100.000 Menschen nach Graz ein, zehntausende sind von einem Stadtbezirk in den anderen unterwegs, um ihren Verpflichtungen in Beruf, Schule oder Universität nachzukommen. Graz braucht leistungsfähige und leistbare öffentliche Verkehrsmittel. Mit Eisenbahn, Straßenbahn und Bus können viele Menschen sicher, rasch und umweltschonend befördert werden. Neue Linien, kürzere Intervalle, insbesondere zu den Stoßzeiten, eine Ausweitung des Fahrplans bis in die Nacht – so stellen wir uns die Lösung für die Verkehrsprobleme vor.



Für eine **mobile Stadt!**



Für gute und leistbare Öffis

Das Umsteigen auf Bus und Bim wird einem nicht unbedingt leicht gemacht.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Taktfrequenz und Tagesfrequenzen verdichten und ausweiten
- Ausbau des Schienennetzes und der Buslinien im innerstädtischen Bereich und in den Randbezirken
- Ausweitung und Verbesserung der elektronischen Haltestelleninformation
- Errichtung von zusätzlichen Wartehäuschen, die Schatten, passende Sitzgelegenheiten und ausreichenden Schutz vor Regen bieten
- Kartenautomaten auch an den Haltestellen
- Freifahrt für Lehrlinge, SchülerInnen und Studierende (auch in den Ferien)
- Halbp reis für Haushalte, die auf ein Auto verzichten
- Stopp dem Teuerungsautomatismus bei den Graz Linien – Tarife für Zeitkarten senken!
- Park & Ride Plätze mit besonders günstigen Tickets für den öffentlichen Verkehr verbinden

Mobilität für alle erleichtern

Denkt man an die Folgekosten, die der Feinstaub, Lärm und Co. verursachen, macht es Sinn, Anreize zum Umdenken zu schaffen:

- Ausbau des Radwegenetzes, insbesondere Schließung von Lücken
- Sicherung der Nahversorgung zur Verkürzung von Verkehrswegen
- Sicherheit für FußgängerInnen und mehr Platz für Menschen durch Wohnstraßen, Gehsteige, Zebrastreifen

Ziel: Öffis zum Nulltarif!

Was klingt wie Träumerei, ist in manchen Städten in der Schweiz, aber auch in Belgien, Frankreich und Estland bereits Realität: Gratis unterwegs mit Bus und Bim ist deshalb für uns ein langfristiges Ziel.

Öffentlicher Verkehr ist finanzierbar!

Von einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr profitieren alle, insbesondere die Unternehmen, weil sie von Beschäftigten, aber auch Kundinnen und Kunden, gut erreicht werden können.

Deshalb fordert die KPÖ schon seit Jahren einen Nahverkehrsbeitrag der Unternehmen. Dass diese Finanzierung gut funktioniert, zeigt das Beispiel Wien (U-Bahn-Steuer).

Für eine **gesunde** **Umwelt!**



Der Schutz unserer Umwelt ist eine Lebensfrage. Die Schadstoffbelastung in der Luft ist in Graz besonders groß. Das sieht man am Beispiel Feinstaub sehr deutlich. Wir brauchen deshalb eine konsequente Umsetzung von Maßnahmen, die als richtig erkannt worden sind, auch wenn man damit sogenannte Wirtschaftsinteressen berührt. Wir wollen nicht, dass die Jagd nach Maximalprofiten die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit in Frage stellt. Ob bei den Themen Boden, Energie, Klima, Abfall, Luft, Lärm, Verkehr oder Wasser – der Schutz von Umwelt und Leben muss immer bedacht werden.

Grünraum statt Betonwüste!

Die Stadt Graz hat das Glück, noch viele Grünflächen in ihrem Stadtgebiet zu haben. Diese sind aber durch unverantwortliche Verbauungen immer mehr bedroht.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Schutz der bestehenden Grünräume, insbesondere auch der Innenhöfe und Vorgärten
- Mehr öffentliche Grün- und Erholungsflächen durch Neuankäufe von Grundstücken
- Keine weiteren Umwidmungen zu Bauland im Grazer Grüngürtel
- Ufer der Grazer Bäche beleben und wieder erlebbar machen
- Einführung einer Bodenversiegelungsabgabe für Unternehmen, die große Flächen bebauen!
- Der Schlossberg als Naherholungszentrum darf nicht kommerziellen Interessen ausgeliefert werden

Lebensgrundlagen sichern

Vereinzelte Maßnahmen reichen oftmals nicht aus, um den Erhalt unserer Umwelt und unserer Lebensqualität zu gewährleisten. Daher ist es notwendig, an verschiedenen Stellen anzuknüpfen.





Die Vorschläge der KPÖ:

- Erstellung eines umfassenden Umweltaktionsplans mit realisierbaren mittelfristigen Zielen bis 2020. Er muss Abfall, Boden, Energie und Klima, Luft, Lärm, Verkehr und Wasser umfassen
- Umstieg auf alternative Energieformen, z.B. durch Einsatz von Photovoltaik (Sonnenenergie)
- Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmmissionen (z. B. durch Großveranstaltungen, Baulärm usw) für mehr Wohnqualität
- Forcierte ökologische und öffentliche Abfallbewirtschaftung mit dem Schwerpunkt auf Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit
- Die Stadt soll mit gutem Beispiel vorangehen – städtische Fahrzeuge müssen schadstoffarm sein
- Ersatz von Plastiksackerln und -verpackungen durch biologisch abbaubare Materialien

Nein zur Umweltzone!

Eine Eindämmung der Feinstaubbelastung ist notwendig, aber die Maßnahmen dürfen nicht die sozial Schwachen treffen. Das Fahrverbot für alte Dieselaautos ist nicht besonders wirksam, bringt aber für viele Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Einführung von individuell frei wählbaren „autofreien“ Tagen zur Feinstaubbekämpfung statt Benachteiligung jener, die sich kein neues Fahrzeug leisten können
- Gratis Öffis an Feinstaubtagen

Lebensraum statt Kraftwerkswahn

Wenn das geplante Murkraftwerk Puntigam errichtet wird, kommt es zu gravierenden Einschnitten für Mensch und Natur in unserer Stadt. Die Rodung tausender Bäume zerstört zahlreiche Lebensarten. Der Damm schränkt den Zugang zum Fluss der GrazerInnen erheblich ein und die verfügbaren Freiflächen werden um ein Drittel reduziert. Der Aufstau des Wassers ist das Ende für zahlreiche Fließwasserfische (wie etwa den seltenen Huchen) und gefährdet die Grundwasserqualität. Die Reparatur der massiven Eingriffe in die Natur sowie die Wiederherstellung der Infrastruktur werden ein riesiges Loch ins Finanzsäckel der Stadt reißen – und das bei einer vergleichsweise geringen Energieausbeute. Den Hauptanteil der Kosten trägt die Allgemeinheit, den Profit streift sich der Energiekonzern ESTAG ein.

Die KPÖ fordert daher:

- Das Murkraftwerk Puntigam darf nicht gebaut werden!

Ein **gesundes Leben** für alle!

Gesundheit muss für jeden leistbar sein

Der Bund und die steiermärkische Landesregierung gefährden zunehmend das Gesundheitssystem durch radikale Kürzungen. Diese Entwicklung muss aufgehalten und umgekehrt werden.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Keine Privatisierung von Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung
- Abschaffung der Rezeptgebühren
- Erhöhung der Zuzahlung bei medizinischen Heilbehelfen und Hilfsmitteln (Hörgeräte, Prothesen, Brillen, Zähne, usw.)
- Kein Selbstbehalt bei Spitalsaufenthalten
- Kein Selbstbehalt für mitversicherte Angehörige
- Verbot einer Bevorzugung von Klasse-PatientInnen bei der Vergabe wichtiger Operationstermine
- Zuzahlung zu Erholungsaufenthalten für Kinder und SeniorInnen durch Krankenkassen und die Gemeinde
- Abschaffung der Umsatzsteuer auf Medikamente und Heilbehelfe
- Einrichtung eines Drogenkonsumraumes

Faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne

Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von kranken Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Wer diese Aufgabe wahrnimmt, muss faire Arbeitsbedingungen vorfinden und entsprechend entlohnt werden!



Die Stadt Graz muss gegen soziale Ungleichheit auftreten und medizinische und soziale Unterstützung für alle, insbesondere für benachteiligte Personengruppen, schaffen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Sicherung und Ausweitung der Öffnungszeiten der Impfstelle des Gesundheitsamtes
- Schaffung von sozialmedizinischen Einrichtungen, die auch gesundheitsfördernde Kurse und Maßnahmen anbieten
- Ausbau der mobilen Kranken- und Pflegedienste zu leistbaren Bedingungen
- Ausreichende Finanzierung von Gesundheitseinrichtungen und Selbsthilfegruppen
- Schaffung von mindestens zwei weiteren psychosozialen Zentren zur kostenlosen Behandlung und Psychotherapie für Menschen mit psychischen Erkrankungen bzw. in Krisensituationen

Kinder und Jugendliche brauchen ein gesellschaftliches Umfeld, das ihnen wohlwollend und freundlich begegnet. Jedem Kind muss mit Respekt begegnet werden. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die Fähigkeiten und Bedürfnisse junger Menschen zu erkennen und zu fördern. Dazu braucht es kostenlose Bildung, existenzsichernde Arbeit sowie leistbare soziale, kulturelle und sportliche Angebote für alle jungen Menschen.

Die Realität sieht anders aus: Kinder werden sehr oft als Störfaktor und nicht als Bereicherung angesehen. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, unterfinanzierte Schulen und Universitäten sowie fehlende Perspektiven bereiten vielen Jugendlichen Sorgen.

Kinderbetreuung:

Die frühesten Jahre im Leben eines Menschen sind die wichtigsten und prägendsten. Gerade bei unseren Jüngsten darf nicht der Sparstift regieren.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Wiedereinführung des Gratiskindergartens
- Kleinere Gruppen von maximal 20 Kindern in Kindergärten – sie gewährleisten eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung
- Verpflichtende Einrichtung von Betriebskindergärten für große Betriebe
- Einrichtung von leistbaren Kinderkrippen für unter dreijährige Kinder
- Bessere Entlohnung für die Beschäftigten in Kinderbetreuungseinrichtungen
- Mehr finanzielle Mittel zur Förderung von Mehrsprachigkeit und sozialer Kompetenz in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen

- Geschlechtssensible Pädagogik im Kinderbetreuungsbereich verankern!

Schulen:

Öffentliche Schulen sind eine der wichtigsten bildungspolitischen Errungenschaften. Schüler und Lehrende brauchen Bedingungen, unter denen Lernen leicht fällt. Deshalb dürfen öffentliche Schulen nicht kaputt gespart werden!

Die Vorschläge der KPÖ:

- Höhere Budgetmittel für Grazer Pflichtschulen zur freien Verwendung für den Schulalltag
- Mehr finanzielle Mittel für Fördermaßnahmen wie z.B. Sprachkurse
- Schaffung von kostenfreier Lernbetreuung durch die öffentliche Hand
- Flächendeckende und bedarfsgerechte Nachmittagsbetreuung für schulpflichtige Kinder
- Geschlechtssensible Pädagogik im Pflichtschulbereich als Unterrichtsprinzip verankern
- Legasthenieförderung gratis am Schulort
- SchulpsychologInnen mit wöchentlichen Sprechstunden an allen Schulen (ähnlich dem Schularzt)

Der Unterricht in überfüllten Klassenräumen und oftmals Leistungsdruck führen dazu, dass der Schulalltag von vielen als unangenehm empfunden wird. Um den Schulerfolg ihrer Kinder zu gewährleisten, sehen Eltern oft keinen anderen Ausweg als in teuren Nachhilfestunden. Das müsste nicht so sein.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Senkung der Zahl von SchülerInnen pro Klasse
- Kostenlose Lehrmittel und bessere Unterstützung für Kinder aus einkommensschwachen Familien
- Einführung eines BegleitlehrerInnensystems, um Integration zu fördern
- Umfassende Mitspracherechte der SchülerInnen
- DirektorInnen auf Zeit! – Befristet auf fünf Jahre, dann eventuell Wiederwahl durch SchulpartnerInnen
- Einführung der Gesamtschule sowie der Ganztagschule auf freiwilliger Basis
- Gemeinsames Lernen statt Konkurrenzdruck – Weg mit Notenzwang und Zentralmatura
- Einführung des Unterrichtsfaches Soziales Lernen sowie verpflichtende politische Bildung und Sexualkunde
- Ausbau des Sportangebotes an Schulen statt Reduzierung

Eine lebenswerte **Zukunft** für **junge Menschen!**

Für faire Lehre!

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit führt zu einem immer höheren Druck auf Lehrlinge, die alles hinnehmen müssen, um ihre Lehrstelle zu behalten. Die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und faire Arbeitsbedingungen müssen vorrangige Ziele sein.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kündigungsschutz für Lehrlinge wiedereinführen
- Verpflichtende Lehrlingsausbildung für Betriebe, ansonsten Zahlung in einen Lehrlingsausbildungsfonds
- Schaffung öffentlicher Lehrwerkstätten
- Förderungsmaßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit durch Errichtung eines Ausbildungspools
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Für ein Einkommen zum Auskommen – 500 Euro mindestens für Lehrlinge im ersten Lehrjahr. Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen
- Sechs Wochen Urlaub für alle

Universitäten:

Das Menschenrecht auf Bildung darf nicht durch Ökonomisierung der Universitäten untergraben werden. Bildung muss der Profitmacherei entzogen werden!

Die Vorschläge der KPÖ:

- Chancengleichheit für alle – keine Studiengebühren
- Ersatzlose Abschaffung von Zugangsbeschränkungen
- Wiedereinführung des Anspruchs auf Familienbeihilfe bis 27
- Ausbau des Stipendienwesens, insbesondere der Studienabschlussstipendien
- Verbesserung des Studienangebots für berufstätige Studierende
- Bessere Kinderbetreuung für Studierende mit Kind
- Ausbau der Mensensubvention für sozial benachteiligte Studierende
- Förderung und systematische Ausschreibung von Diplomarbeiten und Praktika durch die Stadt Graz (Stadtentwicklung, öffentliche Verwaltung, Kunst und Kultur usw.)

Gut gearbeitet:

- Gut vertreten: Die Kommunistische Jugend Österreichs und der Kommunistische StudentInnenverband setzen sich gemeinsam mit der KPÖ für ein Graz ein, das Jugendlichen Platz gibt, um zu leben und sich zu entfalten. Wir treten für die Rechte von SchülerInnen, jungen Beschäftigten und Studierenden ein.
- Platz bieten: Wir organisieren Konzerte, Fußballturniere, Filmabende und Diskussionsrunden für junge Menschen und engagieren uns für Jugend- und Freizeiteinrichtungen als Alternative zu überpreuerten Events.
- Gut informiert: Mit der Uni-Zeitung „Rotcrowd“ sowie Zeitungen für SchülerInnen und junge Beschäftigte wollen wir informieren und junge Menschen über ihre Rechte aufklären.

KJÖ

- www.kjoe.at
- facebook.com/rotwild.st

KSV

- www.comunista.at
- facebook.com/ksvgraz

Freizeit und Sport

Um Freizeit in unserer Stadt erlebbar zu machen, darf der öffentliche Raum nicht eingeschränkt, kommerzialisiert und mit Verboten belegt werden.

Leider gibt es viel zu wenig Angebote an kostenlosen Freizeit- und Sporteinrichtungen.

Sport gehört nicht nur zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen, er wirkt auch ausgleichend und trägt zur Gesundheitsvorsorge bei. Es gilt, größten Wert auf den Schul- und Breitensport zu legen. Statt Unsummen großen Klubs nachzuwerfen, müssen die Arbeitsbedingungen für die Vereine an der Basis verbessert werden, die nur durch das Engagement ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter existieren können.

Gerade Kinder und Jugendliche haben in der Stadt zu wenige Möglichkeiten, sich frei zu bewegen. Spiel- und Sportplätze dürfen nicht länger Opfer kinderfeindlicher Tendenzen sein.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kostenlose Freizeit- und Sportangebote für alle, insbesondere Kinder und Jugendliche
- Schaffung von selbstverwalteten Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang
- Mehr Geld für Sport- und Freizeitanlagen
- Erhalt aller Grazer Bäder und Senkung der Eintrittspreise
- Ausbau und Attraktivierung der Bezirkssportplätze
- Rücknahme überflüssiger Verbote, die das Leben im öffentlichen Raum einschränken
- Öffentliche Parkanlagen und andere Grünflächen müssen der Erholung und der Freizeitgestaltung dienen! – Nein zu Kommerzialisierung und Law-and-Order in diesen Freiräumen!



Vielfältige Kultur

statt Eventpolitik

Strukturen sichern, Vielfalt erhalten!

Graz zeichnet sich nicht nur durch seine kulturelle Vielfalt aus, sondern auch durch einen lebendigen und produktiven Kunst- und Kulturbetrieb. Gleichzeitig wird die Lage für jene, die in Graz nachhaltig und auf hohem Niveau künstlerisch tätig sind, immer prekärer. Die Kürzung der Kulturausgaben des Landes um 25 Prozent hat diese Situation weiter verschärft.

Die KPÖ steht dafür, dass Kunst- und Kulturschaffende in einem sozial abgesicherten Rahmen tätig sein können. Die einseitige Orientierung städtischer Kulturpolitik auf Events und Tourismus muss ein Ende haben. Stattdessen gilt es, vorhandene Strukturen und Kulturinitiativen nachhaltig zu fördern und den Zugang zu Kulturangeboten für alle Menschen in unserer Stadt möglich zu machen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Stärkung der freien Szene und Absicherung der unabhängigen Kulturinitiativen zum Beispiel durch Angebote an Spielstätten, die allen Kulturschaffenden zugänglich sind.

- Kostenlose Probe- und Arbeitsräumen für junge KünstlerInnen
- Unterstützung von Bildungs- und Kulturinitiativen außerhalb des Stadtzentrums
- Förderung freier Radios
- Ausbau der öffentlichen Büchereien, Filialen in möglichst vielen Stadtteilen

Kulturpolitik darf kein Machtinstrument sein!

Es ist dringend nötig, die kulturpolitischen Prioritäten neu zu setzen. Kulturpolitik soll nicht zum Machtinstrument einer Elite werden, sondern alle Menschen zur Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Formen von Kunst und Kultur ermutigen.

- Transparenz in der Förderpolitik, Einbindung der Betroffenen in den politischen Prozess
- Kulturpolitik soll auf die Bedürfnisse der bestehenden Kulturinitiativen eingehen, anstatt diese mit Entwicklungskonzepten, Evaluierungen und verordneten Schwerpunkten zu quälen

Für die Erhaltung der Altstadt!

Das kulturelle Erbe muss in angemessener Weise bewahrt werden, ohne auf einen anachronistischen, musealen Kulturbegriff zurückzufallen.

- Sicherung der historischen Bausubstanz und Schutz der Grazer Altstadt vor den Profitinteressen der Immobilienspekulanten – Novellierung des Altstadterhaltungsgesetzes
- Aufstockung des Grazer Altstadterhaltungsfonds, um verstärkt Anreize zur Erhaltung der historischen Bausubstanz setzen zu können
- Demokratische Kontrolle von Entscheidungen der Städteplanung durch BürgerInnenbeiräte
- Finanzielle Absicherung des Stadtmuseums zur Erfüllung seines Kulturauftrages
- Verbesserter Schutz der Altstadt durch eine ausgewogene Besetzung der Altstadtsachverständigenkommission: Mehr Historiker und Kunsthistoriker in die ASVK

Ein **gerechtes Leben** für alle **Frauen!**

In der Vergangenheit wurde in Bezug auf Frauenrechte viel erreicht. Keine dieser Errungenschaften ist aber vom Himmel gefallen, sondern wurde von Frauen gemeinsam erkämpft, vom Wahlrecht angefangen über den freien Zugang zur Bildung bis hin zur Fristenlösung, um nur einige Beispiele zu nennen. Heute wird von der Politik gerne behauptet, dass Frauen in unserer Gesellschaft längst gleichberechtigt seien. Frauen erleben aber eine andere Wirklichkeit.

Arbeit und Privates vereinbar machen!

Nach wie vor sind es in unserer Gesellschaft die Frauen, denen meist die alleinige Verantwortung für die Betreuung und Erziehung der Kinder, die Hausarbeit oder die Pflege Angehöriger aufgebürdet wird. Gerade die Doppel- und Dreifachbelastung drängt Frauen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Damit verbunden sind minderqualifizierte Jobs ohne Aufstiegsmöglichkeiten, mangelnde Entlohnung, wirtschaftliche Abhängigkeiten und nicht zuletzt Altersarmut. Vor diesen Konsequenzen schützt auch eine gute Ausbildung nicht. Um Gleichberechtigung im Arbeitsleben zu ermöglichen, gilt es, bessere Rahmenbedingungen für Frauen zu schaffen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn
- Flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersgruppen
- Gleiche Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen wie für Jungen in allen Berufen
- Angebote zur beruflichen Qualifizierung auch für Migrantinnen
- Beschäftigungspolitik, die die Benachteiligung von Frauen bei der Anstellung in Unternehmen unterbindet
- Einführung einer verpflichtenden Väterkarenz

Stärkung und Unterstützung von Frauen:

In der Stadt Graz gibt es viele Fraueneinrichtungen, die wichtige Arbeit zur Geschlechtergleichstellung und zum Schutz der Opfer vor häuslicher und sexualisierter Gewalt leisten. Es ist Aufgabe der Stadt, sie ausreichend zu fördern:

- Langfristige finanzielle Absicherung aller Frauen- und Mädcheneinrichtungen sowie der Grazer Frauenbeauftragten
- Erhalt und Ausbau aller bestehenden Frauenprojekte
- Mehr Übergangswohnungen für Frauen, sowohl für alleinstehende als auch für Frauen mit Kindern
- Mehr Personal, finanzielle Mittel und betreute Wohneinheiten für das Grazer Frauenhaus
- Berücksichtigung frauen- und mädchenspezifischer Bedürfnisse in der Stadtplanung (Nahversorgung, Öffentlicher Verkehr, Sport- und Freizeitangebote etc)
- Zulassung von mehr Gynäkologinnen mit Kassenverträgen

Menschenrechts- und Friedensstadt

Ohne Frieden ist alles nichts

Immer öfter werden Kriege geführt. Sie fordern sehr viele Opfer. Neue Kriege drohen. Österreich nimmt im Rahmen der EU-Aufrüstungspolitik immer intensiver an internationalen Einsätzen teil, die der Neutralität unseres Landes widersprechen. Graz ist Standort des Bundesheer-Kommandos für Auslandseinsätze.

In Graz darf kein Platz für Kriegshetze sein. Die Stadt muss aktiv für Frieden und internationale Verständigung eintreten.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Friedenserziehung an allen Grazer Schulen
- Das Grazer Friedensbüro muss unabhängig sein, um seinem friedenspolitischen Auftrag erfüllen zu können
- Nationalfeiertag 26. Oktober durch die Stadt als Neutralitätsfeiertag begehen
- Nein zur Beteiligung an EU-Schlachtgruppen (Battlegroups) und Euro-Armee

Menschenrechte sind unteilbar!

Als Menschenrechtsstadt hat Graz die Verpflichtung, nach innen und nach außen für ein friedliches Zusammenleben einzutreten und entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung vorzugehen.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Nein zu jeder Form der Diskriminierung nach Herkunft, Nationalität, Geschlecht oder sexueller Orientierung
- Kommunales Wahlrecht für alle Menschen über 16 mit Hauptwohnsitz in Graz
- Erweiterung und finanzielle Absicherung der Sprachkurse für MigrantInnen
- Verpflichtende umfangreiche Information von MigrantInnen über Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für ihre Kinder in der Sprache ihres Herkunftslandes
- Gleiche soziale Rechte für alle, auch wenn sie keinen österreichischen Pass haben! – Das würde auch Schwarzarbeit und Lohndumping einen Riegel vorschieben
- Keine rechtliche Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Paaren (z. B. beim Namens- und Adoptionsrecht, Zugang zum Trauungssaal)



Bürgerinitiativen fördern!

In Graz gibt es viele engagierte Bürgerinitiativen und Menschen, die gegen Missstände in ihrem Umfeld auftreten und Vorschläge für eine soziale und umweltgerechte Entwicklung machen. Die herrschende Politik ist aber nicht darauf bedacht, diese Demokratie von unten ernst zu nehmen. Engagement wird oft mit Misstrauen betrachtet.

Die Vorschläge der KPÖ:

- mehr Unterstützung und entsprechende Fördermittel für die Arbeit am Gemeinwesen
- Kommunikationszentren für engagierte BürgerInnen
- Ein weisungsfreies BürgerInnen-Büro
- Eine BürgerInnen-Fragestunde in Gemeinderatssitzungen

Für ein demokratisches Graz!

Mehr Demokratie in den Bezirken und im Gemeinderat!

Der Verkleinerung des Grazer Gemeinderates bringt keinen Ausbau der parlamentarischen Minderheitenrechte. Graz hat 17 Stadtbezirke, die für die Menschen ihre unmittelbare Heimat sind. Die Schließung mehrerer Bezirksämter hat die Vertretung von BürgerInneninteressen vor Ort schwieriger gemacht. Darum ist es besonders wichtig, die Bezirksvertretungen mit mehr demokratischen Rechten auszustatten.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Kommunale Zentren in allen Bezirken zur Unterstützung von Anliegen der Bevölkerung
- Teilnahmerecht aller im Gemeinderat vertretenen Parteien in den Sitzungen des Stadtsenates
- Vertretung aller Parteien in den Kontrollgremien von stadt-eigenen Gesellschaften und Beiräten
- Mehr Kompetenzen und Budget für die Bezirksräte, um eine aktive Bezirkspolitik gestalten zu können, und ihre Absicherung im Statut der Stadt Graz
- Verpflichtende Bezirksversammlungen zweimal jährlich
- Ein weisungsfreies BürgerInnen-Büro als Ansprechpartner für Bürgerinitiativen und BürgerInnenanliegen
- Fragestunde für BezirksrätInnen in der Gemeinderatssitzung
- Senkung der Hürden bei Volksbefragungen und Volksabstimmungen (nach dem stmk. Volksrechtegesetz) statt unverbindlicher Meinungsumfragen
- Gleiche soziale und politische Rechte (z. B. kommunales Wahlrecht) für alle Grazerinnen und Grazer



Leere Kassen

Immer wieder hört man, dass die Kassen der Stadt Graz leer seien. Doch warum das so ist, wird gerne vertuscht:

- In den letzten Jahren wurde für Prestigeobjekte viel Geld ausgegeben: Dom im Berg, Schlossberglift, Stadthalle, Kunsthaus, Murinsel... Die KPÖ hatte rechtzeitig davor gewarnt und im Gemeinderat dagegen gestimmt.
- Die Auslagerung und Privatisierung von stadteigenen Betrieben und Beteiligungen hat Einkommensquellen versiegen lassen. Eine der schmerzhaften Folgen für die Grazerinnen und Grazer: Gebühren und Tarife schnellen in die Höhe!
- Die Verlagerung von immer mehr Aufgaben von Bund und Land auf die Gemeinden ohne ausreichende finanzielle Bedeckung und restriktive EU-Vorgaben im Zusammenhang mit der Finanzkrise verstärken den Druck auf die Gemeinden und tragen weiter zur Misere bei.

Jetzt sind die Kassen leer und die Bevölkerung soll die Zeche zahlen!

Geld ist genug da, nur in den falschen Händen. Alle reden von Sparpolitik, machen aber reine Umverteilungspolitik: Und zwar von unten nach oben.



Die Vorschläge der KPÖ:

- Rückführung der ausgegliederten Betriebe in städtische Verwaltung (Eigenbetriebe)
- Keine Beteiligung von Privaten an städtischen Betrieben
- Erschließung neuer Geschäftsfelder durch städtische Eigenbetriebe zur langfristigen Verbesserung der Einnahmensituation der Stadt
- Sozialpolitik muss Vorrang vor Prestigeprojekten haben
- Abschöpfung der Wertsteigerung von Grundstücken in Folge von Umwidmungen
- Beteiligung von privaten Investoren an Investitionen in die Infrastruktur
- Einführung einer Bodenversiegelungsabgabe
- Nahverkehrsbeitrag der Unternehmen zur Finanzierung und zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Befristete Einstellung der Zinszahlungen für Darlehen der Stadt Graz
- Keine Aufnahme von Schuldscheindarlehen von privaten Investoren

Wer soll das bezahlen?

Die Gemeinden nicht aushungern!

Bund und Land wälzen immer mehr Ausgaben auf die Kommunen ab, während sie ihnen aber die dafür dringend notwendigen Mittel vorenthalten. Um diesen Missstand zu beseitigen, fordert die KPÖ:

- Ausstieg aus dem innerösterreichischen Stabilitätspakt, der die Gemeinden an die Maastricht-Kriterien der EU kettet
- Umverteilung der Mittel im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden
- Streichung des Beitrages der Gemeinden an der EU-Finanzierung
- Befreiung der kommunalen Einlagen bei Banken und Sparkassen von der Kapitalertragssteuer
- Keine steuerliche Benachteiligung der Gemeinde gegenüber privatrechtlichen Unternehmen (z. B. bei der Umsatzsteuer)
- Abschaffung der Landesumlage
- Gemeinsame Aktionen mit anderen Gemeinden zur Durchsetzung dieser Forderungen

Für Umverteilung von oben nach unten!

Allein auf kommunaler Ebene können die Finanzprobleme der Stadt nicht gelöst werden.

Erforderlich ist eine grundlegende Änderung der Finanzpolitik von Bund und Land mit dem Ziel der Umverteilung von oben nach unten, also von den Reichen zu den sozial Schwachen (z. B. durch Anhebung der Spitzensteuersätze, Wiedereinführung der Vermögenssteuer...), aber auch vom Bund zu den Gemeinden.

Privilegienabbau

Wer immer das Gürtel-Enger-Schnallen im Mund führt, sollte zuerst vor der eigenen Türe kehren. In Stadt und Land beweist die KPÖ seit vielen Jahren, dass es auch ohne Politikerprivilegien geht.

Die Vorschläge der KPÖ:

- Begrenzung der Anzahl an Beschäftigten in politischen Büros
- Reduzierung der Parteienförderung
- Reduktion der Politikerbezüge

Gut gearbeitet

Rechenschaftsbericht des KPÖ Gemeinderatsklubs

von links nach rechts:

Stadträtin Elke Kahr,
GR Mag. Andreas Fabisch, GR Ina
Bergmann, GR Christian Sikora,
GR Gerti Schloffer, GR Manfred Eber,
GR Mag. Uli Taberhofer

Wer das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen möchte, darf nicht mehr versprechen, als er halten kann. Die Politik soll nicht nur Wahlversprechen abgeben, sie muss sie auch halten. Was die KPÖ in Graz mit dem Vertrauen, das ihr ausgesprochen wurde, erreicht hat, zeigt eines: Die KPÖ ist eine nützliche Partei für das tägliche Leben!

Die KPÖ ist in Graz mit Wohnungstadträtin Elke Kahr, 6 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie in 9 Bezirken mit insgesamt 12 Bezirksrätinnen und Bezirksräten vertreten. Allein im Gemeinderat haben die Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ in dieser Periode mehr als 500 Initiativen gesetzt. Viele davon konnten auch erfolgreich umgesetzt werden.

Helfen statt Reden

Stadträtin Elke Kahr und die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der KPÖ verwenden einen großen Teil ihres Politikereinkommens, um Menschen in Not zu helfen. Jahr für Jahr legen sie zu Jahresende beim Tag der offenen Konten darüber Rechenschaft ab.

Insgesamt haben die Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ mehr als 1,3 Millionen aus ihren Gehältern gespendet. Darüber hinaus gibt es den Mieternotruf und die Sozialberatung der KPÖ, wo tausende von Grazerinnen und Grazern Beratung und Unterstützung gefunden haben.

Den Vertreterinnen und Vertretern der KPÖ ist es ein Anliegen, sich mit ihren Einkommen nicht von der Mehrheit der Bevölkerung abzuheben. Ihnen ist wichtig, auf Augenhöhe mit den Menschen zu stehen, deren Sorgen und Anliegen sie damit besser verstehen und vertreten können. Wer sich entscheidet, für die KPÖ zu kandidieren, tut es aus Überzeugung und nicht, um einer einträglichen Politikarriere Willen.

Teuerungen, Leistungskürzungen, Gebührenerhöhungen und Gehälter und Pensionen, die immer seltener mit dieser Entwicklung Schritt halten können, haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen bei uns Hilfe suchen.

Die finanziellen Unterstützungen in Notlagen, die Elke Kahr und die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte leisten können, sind natürlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Deshalb ist es notwendiger denn je, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und politische Maßnahmen zu setzen, die für mehr soziale Gerechtigkeit bei uns sorgen.



Leistbares Wohnen für alle

Gemeindewohnungen bleiben bei der Stadt

Durch die Hartnäckigkeit der KPÖ konnte der Verkauf der Gemeindewohnungen aus dem städtischen Eigentum an private Investoren bis jetzt verhindert werden. Damit wurde leistbarer Wohnraum bisher gesichert.

Neue, leistbare Wohnungen für Graz

Nach Jahren des Stillstands im kommunalen Wohnbau werden in Graz wieder in größerem Umfang neue Gemeindewohnungen gebaut. 500 Wohnungen werden an 10 Standorten – verteilt über das ganze Stadtgebiet – geschaffen.

Die KPÖ hat außerdem erreicht, dass der Bau von Gemeindewohnungen auf den Reininghausgründen in den „Rahmenplan Reininghaus“ aufgenommen wurde.

Ein Bad für jede Gemeindewohnung

Versprochen und gehalten: 976 Gemeindewohnungen wurden unter den kommunistischen Wohnungsstadträten Ernest Kaltenecker und Elke Kahr mit Bad und WC ausgestattet. Damit hat die KPÖ den Substandard im Gemeindebau, einen jahrzehntealten Missstand, beseitigt.

Kautionsbeitrag

Früher scheiterte die Wohnungssuche oft an der Kautionszahlung. Jetzt haben Menschen, die sich teure Kautionszahlungen nicht leisten können, die Möglichkeit, beim Wohnungsamt der Stadt Graz um einen Kautionszuschuss anzusuchen.

Wohnungsamt neu

Das neue, barrierefreie „Kompetenzzentrum Wohnen“ am Schillerplatz 4 sorgt so für noch mehr BürgerInnennähe.

Wohnen auf Kasernengrund

Mehr als 10.000 GrazerInnen haben 2006 die von der KPÖ initiierte Petition Wohnen auf Kasernengrund unterschrieben. Auf Antrag der KPÖ entstehen in der Hummelkaserne nun 90 neue Gemeindewohnungen sowie ein Pflegeheim.

Sicherstellung von leistbaren Mieten

Die Indexerhöhungen bei den Kategorie- und Richtwertmieten wurden in den letzten Jahren bei den stadteigenen Gemeindewohnungen nicht in dem gesetzlich möglichen Ausmaß erhöht.

Gut gearbeitet

Leistbares Wohnen für alle

Gewährung einer Mietzinszahlung

In den Gemeindewohnungen muss niemand mehr als ein Drittel vom Gesamteinkommen für Miete, Betriebskosten und Heizung bezahlen. Möglich ist das durch die von der KPÖ eingeführte Mietzinszahlung, die durch das Wohnungsamt gewährt wird.

Nachbarschaftshilfe und Siedlungsbetreuung

Um Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeindewohnhausanlagen bei Problemen mit Nachbarn nicht allein zu lassen, wurde auf Betreiben der KPÖ mit Erfolg eine Siedlungsmediation eingerichtet.

Stadtteilzentrum

2010 wurde in der Triestersiedlung das erste Stadtteilzentrum von Graz als Treffpunkt und niederschwellige Anlaufstelle für alle BewohnerInnen eingerichtet.

Mieter-Notruf

Bereits seit 1996 gibt es den Mieter-Notruf der KPÖ. Unter (0316) 71 71 08 erhält man schnelle, kompetente und unbürokratische Hilfe. Beantwortet werden Fragen zu Überprüfungen von Mietverträgen und Betriebskosten, Problemen bei der Kautionsrückzahlung, Kontrolle von Mietzinsvorschreibungen, Beratung bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen bis zur Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen und vieles mehr.

Senkung der Maklerprovisionen!

Eine jahrelange Forderung der KPÖ wurde endlich umgesetzt: Maklerprovisionen wurden von drei Brutto-Monatsmieten auf zwei herabgesetzt.

In zahlreichen Initiativen sowie Petitionen an Bund und Land hat die KPÖ sich für eine Deckelung bei Wohnungsmieten, eine Anhebung und Valorisierung der Wohnbeihilfe sowie die Zweckbindung der Mittel aus der Steiermärkischen Wohnbauförderung eingesetzt. Auch für eine bessere Förderung durch das Land bei nachträglichen Lifteinbauten in Altbauten hat sich die KPÖ stark gemacht.



Die KPÖ im Kampf für die Altstadt

Die KPÖ setzt sich energisch für den Altstadtsschutz und gegen das kalkulierte „Verfallen-Lassen“ denkmalgeschützter Bauten in unserer Stadt ein. Durch ständiges Beobachten der Vorgänge in unserer Stadt sowie gezielte Information der Öffentlichkeit (Beispiel Girardi-Geburtshaus) ist es der KPÖ gelungen, Missstände aufzuzeigen und so mögliche Bauspekulationen hinter dem Rücken der Grazerinnen und Grazer zu verhindern. Außerdem setzte sich die KPÖ für eine ausgewogene Besetzung der Altstadtsachverständigen-Kommission, Sanktionen gegen Baudichteüberschreitungen sowie eine Ausweitung der Schutzzonen nach dem Altstadterhaltungsgesetz ein.

Bei der Baubehörde hat die KPÖ eine personelle Trennung sachbearbeitender Beamter erster und zweiter Instanz für mehr Fairness bei Berufungsverfahren erreicht.

Die KPÖ gegen Politikerprivilegien

Bereits 1998 forderte die KPÖ die Reduzierung der Anzahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7, obwohl das damals den Verlust gerade unseres Stadtsenatsmitgliedes von Ernest Kaltenecker bedeutet hätte.

Wenn Einsparungen von der Grazer Bevölkerung erwartet werden, hat die Politik mit gutem Beispiel voranzugehen. Seitdem ist die KPÖ im Gemeinderat nicht müde geworden, eine Reduzierung bei den Politikergehältern, der Anzahl der MitarbeiterInnen in den politischen Büros wie auch bei den Spitzenpositionen in den stadtnahen Betrieben zu fordern.

Jahrelang als Schnapsidee der KPÖ belächelt, wurde die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7 schließlich doch beschlossen. In der kommenden Wahlperiode wird es nur mehr 7 StadträtlInnen geben.

Die KPÖ für öffentliches Eigentum

Der Verkauf des Energiesektors bei den Grazer Stadtwerken 2003 hat der Stadt nicht nur wichtige Einnahmen entzogen, sondern auch eine zunehmende Verteuerung für die EnergiekundInnen mit sich gebracht. Heute haben die GemeinderätInnen keinerlei Einfluss auf die Tarifentwicklung mehr.

Mit zahlreichen Aktionen und Initiativen hat die KPÖ auf die negativen Folgen, die das Ausgliederungsprojekt „Haus Graz“ sowohl für die Beschäftigten als auch für alle anderen Grazerinnen und Grazer mit sich bringt, aufmerksam gemacht. Höhere Gebühren und Abgaben bei städtischen Leistungen, Arbeitskräfteabbau und Lohndumping durch Beschäftigung von LeiharbeiterInnen sind die ersten spürbaren Folgen. Bei den Managergagen wird aber auch in der neuen Holding nicht gespart.

Die KPÖ hat sich auch vehement gegen die Ausgliederung der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen ausgesprochen und das Vorhaben in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die Ausgliederung von Kindergärten, Kinderkrippen und Horten konnte schließlich abgewendet werden.

Gut gearbeitet

Immer mehr Menschen erkennen, dass Privatisierung nichts Gutes für sie bedeutet. Sie zu vertreten ist und bleibt ein Anliegen der KPÖ. Verkauf von Liegenschaften aus dem Städteigentum in die Tochterfirma GBG (Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH) und teure Rückmietung zur Budget-Behübschung sowie schleichende Totalprivatisierungen durch den späteren Ausverkauf von Immobilien aus der GBG waren laufend Anlass zur Kritik durch die KPÖ. Sie hat – gemeinsam mit der Bevölkerung – einige Aktionen für das öffentliche Eigentum durchgeführt.

Die KPÖ als Kontrolle im Gemeinderat

Die KPÖ hat auch in den vergangenen fünf Jahren eine wichtige Kontrollfunktion im Gemeinderat ausgeübt. Auf ihre Initiative konnte aufgedeckt werden, dass die Müll- und Kanalgebühren in den letzten Jahren stärker angehoben wurden als zur Deckung der Kosten notwendig war. Die KPÖ hinterfragte Kostensteigerungen beim Thalia-Projekt und sie initiierte eine Prüfung des Projektes „City of Design“ sowie der finanziellen Haftungsübernahmen der Stadt für private Investoren durch den Stadtrechnungshof. Eine Initiative der KPÖ gegen die lange Sommerpause des Gemeinderates hat dazu geführt, dass jetzt wieder mehr Gemeinderatssitzungen pro Jahr stattfinden.

Die KPÖ gegen Verschwendungspolitik

Verantwortung für Graz bedeutet nicht, zu jedem Großprojekt ja und amen zu sagen. Man muss abwägen, was sich die Stadt leisten kann - und man muss zusätzliche Belastungen in Millionenhöhe zurückstellen, wenn sie auf Kosten der sozialen Entwicklung gehen. Deshalb hat die KPÖ immer wieder vor finanziellen Abenteuern gewarnt: Von der Grazer Messe über die Tiefgaragenförderung, das Kunsthaus, die Murinsel, das Haus in der Stigergasse, den Dom im Berg bis zum Ankauf der Reininghausgründe, der den Schuldenstand der Stadt weiter in die Höhe treiben und die Entwicklung in anderen Stadtteilen hemmen würde. Wir wollen, dass sich Graz in ihrer schwierigen Budgetlage auf die Kernaufgaben einer Stadtverwaltung konzentriert.

Die KPÖ für mehr Lebensqualität

Unzählige Anträge beziehen sich auf die Ausgestaltung und den Erhalt von Grünraum im Wohnumfeld, um sichere und kindergerechte Spielplätze, Sauberkeit von öffentlichen Plätzen und die Errichtung und Erhaltung von WC-Anlagen. Auch gegen Lärm und starke Verschmutzungen im Univiertel machten die KPÖ-MandatarInnen mobil.

Viele der Initiativen der KPÖ waren durchaus erfolgreich. So konnte der Teilverkauf einer Liegewiese am Areal des Stukitzbades abgewendet und eine Neugestaltung des Spielplatzes in der Siedlung Laudongasse/Starhembergasse erreicht werden. In der Rankengasse wurde ein Generationenpark mit Sportgeräten für SeniorInnen errichtet, beim Schloss St. Martin wurden neue Mistkübel und Hundesackerlautomaten montiert, der Blick von Aussichtspunkten auf die Stadt Graz wurde durch Baumschnitt wieder möglich, in die Brucknerstraße kehrten Bankerl zurück, am Schlossbergplatz wurde ein Trinkwasserbrunnen installiert, und schließlich konnte die Demontage öffentlicher WC-Anlagen auf Spielplätzen und in Parks gestoppt werden.

Durch ihren hartnäckigen Einsatz hat die KPÖ sogar eine Trendumkehr erreicht: In den Anlagen Oeverseepark, Josef-Huber-Park, Theodor-Körner-Straße, Tändelwiese und Junges Europa sind wieder Toiletten installiert worden. Das Naherholungsgebiet Bründlteiche soll demnächst saniert werden.

Die KPÖ für eine soziale Stadtentwicklung

Die Flächenwidmung und die Baugenehmigungen folgen in Graz großteils den Interessen der Großinvestoren und selten den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die MandatarInnen der KPÖ haben bei der Überarbeitung des neuen Stadtentwicklungskonzeptes viele Stunden investiert und mit Hilfe von Bürgerinitiativen wichtige Kompromisse erreicht.

Bei verschiedenen Bebauungsplänen hat die KPÖ die Bürgerinnen und Bürger bei Eingaben unterstützt und gegen die Bebauung von Innenhöfen gekämpft.

In zahlreichen Initiativen hat die KPÖ sich gegen die Schließung von Postämtern ausgesprochen.

Auch hat die KPÖ die HeimgärtnerInnen bei der Forderung nach Aufhebung von Prekarien und gegen die öffentliche Durchwegung von bestehenden Heimgärten unterstützt.

Weiters konnten die Inbetriebnahme der Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof sowie die oberflächliche Verlegung einer 110 KV-Trasse der GKB verhindert werden. Im Kampf für den Grüngürtel haben sich die Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ vielerorts mit den Bürgerinitiativen verbündet und gravierende Verschlechterungen abwenden können.

Die KPÖ für einen geregelten Verkehr

Der Verkehr ist einer der größten Aufreger der Stadt. Kein Wunder also, dass sich ca. ein Drittel aller Anträge der KPÖ mit Verkehrsproblemen beschäftigt. Von kleinen Sorgen über fehlende Zebrastreifen, Gehsteige, Radwege, Haltestellen, Parkplätze oder Wartehäuschen über verkehrsberuhigende Maßnahmen in Wohnstraßen bis hin zu großen Projekten für den öffentlichen Verkehr: Die KPÖ konnte mit ihren Initiativen im Bereich Verkehr durchaus einiges bewegen.

Erreicht wurden u.a.: Druckknopfampel Kreuzung Herrgottwiesgasse/Auf der Tändelwiese/Puchstraße, Erhaltung der Fußgängerzone in der Stockergasse, Beseitigung irreführender Parkverbote (Beispiel Luthergasse), W-LAN-Zugang an Haltestellen von Bus und Straßenbahn, Sicherheit für FußgängerInnen am Platz der Freiwilligen Schützen, Errichtung von Haltestellen-Wartehäuschen und Radwegabschnitten, eine neue Beschilderung beim Kreisverkehr Webling...

Trotzdem sind große Probleme weiterhin ungelöst. Viele Initiativen hat die KPÖ zum Thema „öffentlicher Verkehr“ eingebracht. Dabei hat sie sich vehement gegen Preissteigerungen bzw. für eine Ausweitung der Gültigkeit von Fahrscheinen bei Bus- und Straßenbahnfahrten ausgesprochen. Die KPÖ-Forderung nach einer Nahverkehrsabgabe, die u.a. eine Senkung der Fahrpreise und dichtere Frequenzen bei den Linien im Abendverkehr finanzieren könnte, wartet noch auf eine Umsetzung.

Gut gearbeitet

Die KPÖ für Kinder und Jugendliche

Immerhin über 40 Initiativen der KPÖ beschäftigten sich mit Verbesserungen für unsere Kinder und Jugendlichen im Bereich Schule und Freizeit. Themen waren unter anderem der Erhalt bzw. Neubau von Volksschulen, die Sicherstellung von Schulbussen, das Essen im SchülerInnenhort, Integrationsplätze in städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, die Errichtung und Wartung von Skater-Anlagen sowie einer Ballspielbox, die Einrichtung von Jugendzentren, die Zukunft von städtischen Horten und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Neugestaltung von Spielplätzen und die Schaffung von Spiel- bzw. Ballspielflächen.

Die KPÖ konnte die Einführung von Plastikgeschirr bei den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen verhindern und wandte sich vehement gegen die Verkleinerung von Kinderspielplätzen. Eine wichtige, und schließlich auch durchgesetzte, Forderung war die Wiederaustellung von WC-Anlagen auf Spielplätzen.

Die KPÖ befasste sich auch mit den Themen Verkehrssicherheit vor Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, Fahrpreisermäßigungen für Studie-

rende, finanzielle Unterstützung für Spielmobile, günstigere Ferientickets, die Einrichtung von Lerncafés, Schulparlamenten und Jugendgemeinderat und Maßnahmen gegen Kindesmisshandlungen. Gefordert wurde weiters der Einsatz von mehr SchulpsychologInnen an Grazer Schulen.

Zu den Initiativen, die schließlich erfolgreich waren, zählt die Realisierung eines neuen Jugendzentrums im Bezirk Lend genauso wie die Sicherung des Fortbestandes der Volksschule Elisabeth oder die Verbreiterung der Straße vor der Volksschule Neuhart in der Kapellenstraße nebst Halte- und Parkverbot.

Die KPÖ für Seniorinnen und Senioren

Viele Initiativen, ob im Verkehr, in der Stadtentwicklung oder im sozialen Bereich, wurden im Hinblick auf die Situation unserer Seniorinnen und Senioren eingebracht. Unter anderem machte sich die KPÖ für einen Fußgängerübergang beim SeniorInnenheim in der Eckertstraße sowie eine bessere Förderung von nachträglichen Lifteinbauten in Altbauten stark.

Darüber hinaus hat sich die KPÖ z.B. für die Ausweitung des BezieherInnenkreises der SeniorInnenkarte der GVB, für eine Entkoppelung der Fahrpreisermäßigungen für SeniorInnen von der ÖBB-Vorteilscard sowie Schwimmkurse für SeniorInnen eingesetzt. Erfolgreich waren Initiativen zur Ausweitung der Altersurlaubsaktion auf Graz sowie die Errichtung eines Generationenspielparks in der Rankengasse. Sehr wichtig waren auch Initiativen gegen unzureichende Pensionserhöhungen.

Die KPÖ für Teuerungs- und Gebührenstopp

Immer wieder hat die KPÖ in dieser Regierungsperiode mit Aktionen in der Öffentlichkeit und in ihren Medien „Volksstimme“ und „Grazer Stadtblatt“ auf die zunehmende Teuerung bei Mieten, Energie, Heizung, Lebensmitteln und Gebühren aufmerksam gemacht. In zahlreichen Initiativen im Gemeinderat hat die KPÖ versucht, Gebühren- und Tarifierhöhungen durch die Holding Graz, in welche die Daseinsvorsorge ausgegliedert wurde, zu beschränken bzw. zu stoppen. Insgesamt sieben Initiativen hat die KPÖ allein gegen Teuerungen bei den Bädertarifen eingebracht, in mindestens ebenso vielen hat sie eine Rücknahme bzw. ein Aussetzen von Preiserhöhungen beim öffentlichen Verkehr thematisiert. Auch eine Petition an den Bund zur Preisregulierung bei Lebensmitteln hat die KPÖ formuliert.

Ein Prüfbericht des Stadtrechnungshofs, den die KPÖ eingefordert hat, hat aufgezeigt, dass die in den letzten Jahren erfolgten Erhöhungen von Kanal- und Müllgebühren durch die Holding Graz überzogen sind.



Gut gearbeitet

Die KPÖ für Gleichstellung und Kultur

Über die Hälfte der KPÖ-Abgeordneten sind Frauen. Das ist mit ein Grund dafür, dass zahlreiche Anträge sich für die Verbesserung der Situation der Frauen in Graz beschäftigten. Die finanzielle Absicherung der Frauenbeauftragten, die Unterstützung von frauenspezifischen Organisationen und die Forderung für mehr Kassenärztinnen für Gynäkologie wurden von der KPÖ im Gemeinderat beantragt.

Eine Reihe von Initiativen des Gemeinderatsklubs der KPÖ hat sich mit Behinderteneinrichtungen befasst oder war dem Erhalt öffentlicher Bibliotheken gewidmet. Der Erhalt des von einer Abwanderung nach Deutschland bedrohten Kabarettarchivs konnte mittels mehrerer Anträge schließlich gesichert werden. Die Ausgestaltung der Veranstaltungsrichtlinien oder eine Forcierung des Hochwasserschutzes finden sich ebenso unter den Themenfeldern der KPÖ wie Bemühungen um einen Austritt Österreichs aus Euratom und gegen den Einsatz von Österreicherinnen und Österreichern in Battlegroups der EU. Die KPÖ hat sich aber auch gegen überhöhte Überziehungszinsen und für die Emanzipation gleichgeschlechtlicher Paare eingesetzt.

Die KPÖ für soziale Gerechtigkeit

Neben den Bemühungen um eine faire Gebühren- und Tarifgestaltung in der Stadt setzt sich die KPÖ seit den 90er Jahren für die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit niedrigem Einkommen ein. Seit 2011 beschäftigen sich alle Parteien in einem Ausschuss mit der realen Umsetzung der KPÖ-Initiative. Abgesehen davon spenden alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der KPÖ mindestens die Hälfte ihres Politikereinkommens für soziale Zwecke.

Während ein Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen bisher gescheitert ist, konnte die KPÖ zumindest erreichen, dass die Anzahl der Strom- und Heizungsabschaltungen, insbesondere in den Wintermonaten, verringert wurde.

Mit zahlreichen Initiativen hat die KPÖ für die Erhaltung und finanzielle Unterstützung von der Schließung bedrohter sozialer Einrichtungen gekämpft, zum Teil mit Erfolg. Die KPÖ hat mehr Personal fürs Sozialamt gefordert und hat sich für die Ausweitung der Öffnungszeiten in der Impfstelle und fairere Bezahlung der Bediensteten im Pflegebereich ein-

gesetzt. Mit zahlreichen Aktionen hat die KPÖ gegen Kürzungen von Sozialleistungen durch Bund und Land demonstriert. Forderungen an das Land Steiermark betrafen insbesondere die Rücknahme des Pflegeregresses oder auch die Valorisierung der Wohnbeihilfe.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, A-8020 Graz; Verlags- und Herstellungsort: Graz

Die KPÖ, eine nützliche Partei für das tägliche Leben

Ihre Meinung ist uns wichtig, Sie erreichen uns unter

0316 / 712479 oder per

E-Mail: **wirallesindgraz@kpoe-graz.at**

Web: **www.kpoe-graz.at**



Rückantwortkarte

- Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der KPÖ Graz zugesendet.
- Ich möchte mitarbeiten, bitte rufen Sie mich an.
- Ich habe Vorschläge für Eure Arbeit.
- Ich bestelle Wahlmaterialien: Buttons, Aufkleber, Broschüren, bitte kontaktieren Sie mich.

Name _____

Anschrift _____

E-Mail _____

Telefon _____

Bitte mit
0,62 €
frankieren,
falls Marke
zur Hand

**An die
KPÖ Graz
Lagergasse 98a
A-8020 Graz**

**Wir
alle
sind
Graz**

Gemeinderatswahl in Graz:



Elke Kahr. KPO
Liste 5

www.kpoe-graz.at